

Vom Autor aus dem unveröffentlichten französischen Originaltext übersetzt

Geleitwort

von Gerd W. Fischer

(Autor von « Die neu-indogermanische Schicksalsgemeinschaft » und « Sternengötter »)

Alle Rechte vorbehalten

Verlag: Harry R. Wilkens-Weyland P.O.Box 5 (St.-Gilles I) B I 060 Brüssel

Herstellung: Hans Kicharz, D-5205 St. Augustin/Niederpleis

In dem vorliegenden Buch von Harry R. Wilkens-Weyland wird ein Thema aufgegriffen, welches seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Publizistik weitgehend mit verschämtem Schweigen bedacht wird. Eine erstarrte, nicht mehr von Leben erfüllte Form des nationalstaatlichen Denkens hat zu einer Auseinanderentwicklung von Wunschdenken und amtlicher Bürokratie geführt. Die Freunde eines europäischen Einheitsstaates nehmen Auseinandersetzungen, die sich an

den inner-westeuropäischen Grenzen entwickeln, kurzerhand nicht mehr zur Kenntnis, weil sie das Bild von den gefallenen Schlagbäumen stören. Einige Jahre nach dem Krieg konnte es noch zu völkerrechtsgemäßen Vereinbarungen über Grenzgebiete zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn kommen. Eine gleichwertige Regelung war zwischen der nicht ausreichend legitimierten und an einer Übernahme der Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches wenig interessierten sogenannten DDR-Regierung und den östlichen Nachbarn Deutschlands nicht zu erreichen, und eine Vertretung Gesamtdeutschlands durch die Westzonen-Regierung wurde vom Osten nicht gebilligt. Das faire Verhalten Frankreichs in Bezug auf das Saarland führte in Deutschland zu einer Gefälligkeitshaltung, die jedes in den Grenzgebieten aufkommende Unbehagen unter den Teppich fegte. Durch die verflochtenen zwei Weltkriege in eine verkrampfte Furcht vor jedem Zwist an den Grenzen verfallen, gingen die Regierungen und Parlamentarier Belgiens, Westdeutschlands, Frankreichs und der Westschweizer Kantone dazu über, die Staatsgrenzen wie Sprachgrenzen zu behandeln und die über die staatlichen Grenzen hinausreichenden sprachlichen Zusammengehörigkeiten entweder zu übersehen oder gar systematisch zu zerstören. Insofern ist gerade von einem Europa der offenen Schlagbäume ein völliges Erstarren der inneren Grenzen zu erwarten. Da die weit überwiegende Mehrheit der Menschen sich immer nur einer Mundart bedienen wird, entwickeln sich die Staatsgrenzen zu scharf gezogenen, tiefen, wenn auch unsichtbaren Gräben des sprachlichen Nichtverstehens, welchem eine weitere Auseinanderentwicklung durch einwandernde Fremdarbeiter folgt, die in jene Länder ziehen, deren Sprache sie am ehesten zu erlernen befähigt sind. Die überlieferte Verständigungsbereitschaft der sprachlich verzahnten grenznahen Bevölkerungen wird zum Schaden von Millionen, die die Freundschaft mit dem Nachbarn suchen oder erhalten möchten, sinnlos zerstört. Der Autor unseres Buches nimmt sich dieses Problems eingehend mit vielen Belegen und mit beteiligtem Herzen an.

Hamburg, im Oktober 1971

Vorbemerkung des Herausgebers

Der vorliegende Bericht wurde schon auszugsweise von verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften wiedergegeben und erschien in abgekürzter Form im Frühjahr 1970 als Broschüre unter dem Titel „Sprachenkampf“ in den deutsch-französischen Grenzgebieten“ (ohne Kapitel Belgien und Westschweiz). Ich entspreche dem allgemeinen Wunsche, meine Ausführungen zum Sprachen- und Kulturkampf an Deutschlands Westgrenzen unverkürzt in Buchform herauszugeben.

Die meisten anderen Werke, die sich mit diesem Thema befassen, fließen aus parteiischer Feder, Franzosen schrieben aus mehr oder weniger* offizieller französischer Sicht, und Deutsche kamen auch nicht umhin, entweder einem „Heim-ins-Reich“-Drang nachzugeben, oder aber ☒ und ;dies ist meist in den so seltenen Nachkriegswerken der Fall - in einem der heute propagierten „Deutsch-Französischen Freundschaft“ genehmen Stil zu schreiben. Werden jedoch solche Berichte von sich rein unparteiisch Wählenden aus Drittländern abgefaßt, so sind deren Bücher so sehr mit allen Arten von „wissenschaftlichen“ Statistiken und Zitaten anderer Kollegen ausgestattet, daß dadurch zwar das Buch beträchtlich an Format zunimmt, das wahre Problem jedoch am Ende nicht mehr zu erkennen ist. Als Kenner der von mir beschriebenen Gebiete führe ich dem geschätzten Leser kaum bekannte Details vor Augen, die mehr als genug über den durch gezielte Erziehung und Propaganda erstrebten psychologischen Zustand der beschriebenen Grenzvölker aussagen, den aufzuzeigen mein Hauptanliegen ist. Zwar werden im Kapitel „Westschweiz“ ein paar Zahlen und Umfrageergebnisse angeführt, jedoch sind diese sehr wohl ernstzunehmen - im Gegensatz zu den in anderen Staaten veröffentlichten Minderheitenzählungen. An dieser Stelle danke ich vielmals der Redaktion des Zürcher „SONNTAGSJOURNAL“, die in ihrer Ausgabe Nr. 24 v. 12./13. Juni 1971 - die zufällig gerade zu dem Zeitpunkt erschien, als ich mich zu Studienzwecken in Freiburg/Fribourg befand - umfangreiche Untersuchungen über die ungelösten Sprachenprobleme der Westschweiz veröffentlichte, die die Basis für mein diesbezügliches Kapitel bilden. Auch wenn diese westschweizer Gebiete nicht direkt als westliche Nachbarn

Deutschlands bezeichnet werden können, so wäre mein Buch doch unvollständig, würde ich nicht noch erwähnen, wie die deutsch-französischen Probleme in der Schweiz behandelt werden.

Brüssel, im September 1971

Der Autor

HarryR Wilkens-Weyland wurde 1945 in der französisch-amerikanischen Garnisonstadt Kaiserslautern geboren, wo er im Einfluß der Kulturturnationen Deutschland und Frankreich aufwuchs. Nach dem Besuch der Handelsschule arbeitete er als kaufmännischer Angestellter in Kaiserslautern, Genf, Erfurt, München und Wien. Nachdem er sich wegen seiner antifaschistischen Gesinnung und politischen Prozessen in Westdeutschland Schwierigkeiten ausgesetzt sah, emigrierte er 1967 nach Brüssel.

I. Lothringen, Saargebiet, Pfalz, Elsaß

Nirgends ist wohl der Kampf des Germanismus und Romanismus gründlicher durchgefochten worden als auf den Gebieten vom linken Ufer des Oberrheins bis hin zur Mosel und Maas. Nirgends im deutschsprachigen Raum trat aber auch der Romanismus mächtiger auf als hier. Städteanlagen, Straßenzüge, Burgenpositionen, der Anbau des Bodens, Volksbildung und Volksaberglauben - das alles wurde vorbestimmt durch die Romanen. Die Berührung mit romanischen Kolonisten und nachbarlichen romanischen Mischvölkern hat dem Charakter der Rhein-, Saar- und Moselfranken eigentümliche Züge gegeben. Das Eindringen französischen Wesens war hier nicht gewaltsam und zusammenhanglos, es war seit länger als einem Jahrtausend friedlich vorbereitet.

Die Lage von Siedlungsgebieten in einer bestimmten Landschaft ist schon die erste geographische Voraussetzung für deren Entwicklung. Wie ein Rückgrat ziehen sich die Vogesen - auch „Wasgen" oder „Wasgau" genannt - von Süden nach Norden durch das Elsaß, Lothringen und die Pfalz und bilden die große Wasserscheide, von der die dort entspringenden Bäche in alle Himmelsrichtungen fließen, die einen nach Osten direkt in den Rhein, die anderen nach Westen, wo sie in Flüsse wie die Meurthe und die Saar (Sarre) einmünden, die ihrerseits auf Umwegen über Maas (Meuse) und Mosel (Moselle) meist durch französischsprachiges Gebiet ebenfalls zum Rhein finden. Dieser Rhein-Mosel-Saar-Raum war bis in das 4. Jahrhundert n.Chr. hinein von den Keltoromanen besiedelt, die von den Römern auch „Gallier" genannt wurden. Diese Landstriche zuzüglich des größten Teiles des heutigen Frankreichs erhielten die römische Bezeichnung „Gallien". Unter diesem Aspekt muß man auch die hin und wieder in Frankreich auftauchenden Forderungen nach der „frontiere naturelle du Rhin" - der „natürlichen Rheingrenze" - betrachten, die von Basel (Bale) bis nach Mainz (Mayence), bzw. Koblenz (Coblence) oder gar Köln (Cologne) variiert. Nachdem die gallischen Urbewohner diesem Lande viele ihrer charakteristischen Stammesmerkmale gaben, mußten sie vor den nachrückenden Alemannen und Franken fliehen. Letztere hatten bereits im 7. /8. Jahrhundert einen großen Teil Galliens besiedelt. Das damalige westliche Frankenreich war zweisprachig, und ungeachtet der sich von da an immer mehr nach (Nord-)Osten vorschiebenden romanisch-germanischen Sprachengrenze, können wir noch heute in den lothringischen, pfälzischen und elsässischen Ortsnamen Hinweise auf romanisch-germanisches Volksgut finden. Daß in alter fränkischer Zeit nicht nur das noch heute deutschsprachige Ostlothringen (Departement „Moselle"), sondern auch das größere nun französischsprachige Westlothringen (Departements „Meurthe et Moselle", „Meuse" und in gewisser Hinsicht auch das Departement „Vosges") zum germanischfränkischen Sprachraum bzw. Einflußbereich zählten, beweisen noch heute Ortsnamen wie z.B. „Thiaucourt" - der erste so genannte Ort befindet sich südwestlich von Metz, bei Pont-à-Mousson, also schon im Dept. „Meurthe et Moselle" gelegen - der zweite (Triaucourt) liegt am Argonnenwald, also noch weiter

westlich als Verdun und die Maas (Meuse). Im Bezirk des belgischen Arlon (Arel) liegt ein kleiner Ort namens „Thiaumont“, Die Vorsilben „Thiau-“ oder „Thion-“ bedeuten nichts anderes als „Deutsch-“ dies ist jedoch nicht als politische Zugehörigkeitsbezeichnung zu verstehen, sondern rein sprachlich gemeint. Erst in neuerer Zeit mißbraucht man ursprünglich sprachlich oder kulturell gemeinte Personengruppen-Bezeichnungen als politisches Staatszugehörigkeitssymbol. Besonders die slawischen Völker können noch heute Bezeichnungen wie z.B. „Německý“ also „Deutsch“ - richtig anwenden: ein „Němec“ braucht nicht unbedingt aus Deutschland zu stammen, er kann ebenso gut Jugoslawe, Tscheche, Russe oder Österreicher sein; dieser slawische Begriff bedeutet lediglich, daß der damit Bezeichnete sich vor allem der deutschen Sprache bedient oder andere kulturelle Beweise seiner Zugehörigkeit zum Deutschtum vorbringt. In allen Teilen Europas und Deutschlands haben wir bei in Grenznähe liegenden Ortsnamen oft den Hinweis auf das eigene oder das benachbarte Volk: so z.B. Windisch-Aschenbach (bei Weiden, Bayern), Bayrisch Eisenstein, Böhmisches Krumau (Cesky Krumlov) usw. Unser „Thiaucourt“ heißt wörtlich übersetzt nichts anderes als „Deutschhof(en)“, auch wenn es mitten im heutigen rein französischsprachigen Gebiet liegen sollte. Im Dept. „Moselle“, also noch im deutschen Sprachgebiet, liegt Diedenhofen (= Thionville). Eigentlich müßte es wörtlich übersetzt ebenfalls „Thiaucourt“ heißen, da die Vorsilbe „Died-“ auch nichts anderes als „Deutsch-“ (siehe auch: Theoderich = Diedrich), und die Nachsilbe „-court“ in jedem Falle das deutsche „-hofen“ bedeutet. Westlich von Diedenhofen befindet sich der Ort Audun-Le-Tiche (Deutsch-Oth) - „Tiche“ wiederum heißt „Deutsch“ und rührt vom dialektischen „Ditsch“ her. Einige Kilometer weiter westlich davon, schon im Dept. „Meurthe et Moselle“ gelegen, liegt der Nachbarort namens Audun-Le-Roman (Welsch-Oth). Das bedeutet, daß zwischen den beiden Orten schon seit geraumer Zeit die Sprachgrenze verlief - in fränkischer Zeit jedoch dürfte das heutige Audun-Le-Roman ebenfalls zum germanisch-fränkischen Sprachraum gehört haben. Übrigens befindet sich westlich von Metz, schon im Dept. „Meurthe et Moselle“, das französischsprachige Dorf Tichemont - man sieht also, daß der Ortsname nicht unbedingt über die derzeitige sprachliche Situation zuverlässige Auskunft geben kann. Verhältnismäßig weit in den deutschsprachigen Raum hinein finden wir ebenfalls viele Hinweise auf das frühere Romanen- bzw. Gallertum,- dies bezeugt z.B. das bei Bitsch (Nordostlothringen) gelegene Walschbronn („Walsch“ od. „Welsch“ ist die ursprüngliche keltische Bezeichnung für die Kelten selbst - auch die britische Provinz Wales ist nach ihnen benannt), oder das - allerdings nahe an der wirklichen Sprachengrenze gelegene - Vogesenstädtchen Romansweiler (Romansviller, westl. v. Straßburg). Übrigens gibt es zu Walschbronn ein interessantes homonymes Gegenstück: den schon im innerfranzösischen Dept. „Côte d'Or“ gelegenen Ort des Namens Fontaine-Française. Ebenfalls in Innerfrankreich liegt im Dept. „Marne“ das Städtchen Vitry-Le-François, das allerdings nicht so weit vom lothringischen Dept. „Meuse“ und dem dortigen Thiaucourt (am Argonnenwald) entfernt ist. All diese und noch mehr unzählige kleine Weiler bezeichnenden Ortsnamen weisen, wenn nicht nur auf die frühere oder heutige Sprachgrenze, so doch aber auf die romanisch-fränkisch vermischte Besiedlung dieser Gebiete hin. Wir finden in diesen Landstrichen vor allem noch eine weitere Gemeinsamkeit: die fränkischen Ortsendungen -weiler, -willer, -viller, -villers, -villiers u.a., die sogar bis ins alemannische Elsaß hinein gebräuchlich sind. Diese Ortsendungen kommen sonst in Frankreich und Deutschland nirgend woanders vor (außer im sogenannten „Belgischen Lothringen“, im Bezirk Virton), auch nicht in den schon vor Lothringen und der Pfalz von den Franken besiedelten Gebieten, wie Hessen und Thüringen. Dort, und bis an den Ostfuß der Vogesen heran, wurden von den Franken noch Ortsendungen wie -ingen und -heim verwendet. Dieselben -ingen bzw. frz. „ange“ finden wir im von den Franken schon lange vor Ostlothringen und der Westpfalz besiedelten Luxemburg (auch in der belg. Provinz Luxemburg) und in Nordwestlothringen vor. Alle diese Ausführungen zeigen uns, daß Lothringen, das Saarland und die Pfalz als Übergangsterritorium von einem zum anderen Kulturkreis geradezu geschaffen waren. Leider sind ab spätestens 1945 zum größten Teil erfolgreiche Bestrebungen im Gange, diesem Idealzustand ein für alle Male ein Ende zu setzen - trotz der Beteuerungen der jetzigen deutschen und französischen Nachkriegsregierungen, an einem Vereinten Europa mit schaffen zu wollen und darum zunächst einmal die

„Deutsch-Französische Freundschaft“ zu fördern. Das Ziel der beiden Regierungen war es, zunächst einmal die Sprachgrenzen auf die schon bestehenden Staatsgrenzen „abzustimmen“. Bis vor 1919 waren die von beiden Seiten offiziell anerkannten Sprachgrenzen im großen und ganzen mit der Westgrenze des ehemaligen Reichslandes Lothringen identisch, also von Aumetz über Metz, Salzburg (Chateau Salins) bis hin in das Quellgebiet der Saar, südlich von Saarbürg (Sarrebouurg). Im Mittelalter gehörten auch noch Verdun, Toul und Nancy (Nanzig) zum germanischen Sprachraum, wie wir schon feststellten.

Die französische Sprache hatte es im lothringischen Raum besonders leicht, unaufhaltsam gen Nordosten vorzudringen, besonders als Lothringen in der Neuzeit fest zur französischen Krone gehörte und auch die letzten deutschen Reichsstädte, Verdun, Toul und Metz, im Jahre 1552 an Frankreich fielen. Heute stellen wir fest, daß in der lothringischpfälzischen Gegend der fränkische Dialekt durch Phonetik und Nasallaut der französischen Aussprache sehr nahe kommt und auch viele französische Lehnwörter aufzuweisen hat, wie z. B.: chaise (Stuhl), Kinnerchaise (Kinderwagen), Chaussee (Landstraße), seller, selli, selles (jener, jene, jenes - von franz. celui, celle) usw. Einige dieser Lehnwörter drangen mit der Zeit durch die Pfalz auch nach Innerdeutschland ein. Auch war für die Franken die französische Kultur lange Zeit ansprechender als die deutsche; dies alles stand nur für Südwestfrankens Mittlerposition zwischen den beiden Kulturen und Sprachen.

Der Volksgeist dieser Gegend überstand verhältnismäßig ungeschoren die politischen Wirrungen der Neuzeit bis hin zur französischen Revolution und zum Ersten Weltkrieg; die einzige wirkliche geistige Grenze, die sich - ungeachtet der eventuell schon bestehenden politischen Grenzen - zwischen den Lothringern und Pfälzern bemerkbar machte, war seit der Reformationszeit der Konfessionsunterschied zwischen den katholischen Lothringern und den meist protestantischen Pfälzern. Gerade dies kam dem Internationalismus der Pfälzer zugute, als ab 1559 viele calvinistische Flüchtlinge aus Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz in dieser Bastion des süddeutschen Calvinismus eine neue Heimat fanden und dem Pfälzerland neue Akzente aufsetzten, auch ungewöhnliche: in dem ca. acht Kilometer von Kaiserslautern entfernten „Wallonenstädtchen“ Otterberg, bekannt durch seine romanische Klosterkirche, war bis in das 18. Jahrhundert hinein die dortige Umgang- und Stadtsprache das Französische. Hatten sich ab 1871 die reichsdeutschen Verwaltungsbehörden verhältnismäßig tolerant gegenüber dem lothringischen Volk gezeigt, so begannen ab 1919 die französischen Regierungen, die dortige Bevölkerung einer gewaltsamen Französisierung zu unterwerfen, die trotz eingeführter französischer Amtssprache allenfalls bei der Metzger und Diedenhofener Stadtjugend einen gewissen Erfolg verzeichnen konnte: diese Jugendlichen bedienten sich zwar untereinander oft über französischer Sprache, sie waren jedoch durchaus bereit, mit ihren anderen Familienangehörigen den Dialekt, wenn nicht gar hochdeutsch, zu sprechen. Den wohl einzig nennenswerten Französisierungserfolg, den Frankreich zu dieser Zeit verzeichnen konnte, war die zumeist lächerliche „Übersetzung“ der lothringischen und (auf anderer Seite) der elsässischen Ortsnamen. Man gab diesen Orten, selbst den allerkleinsten Weilern, Namen, die meist allen historischen und auch sprachlichen Grundlagen spotteten. Bei manchen größeren Orten war zwar der zweisprachige Name geschichtliche Tradition, die auch im Deutschen Kaiserreiche geduldet wurde:

Diedenhofen/Thionville, Salzburg/Chateau Salins, Duß/Dieuze usw. Nun aber taufte die französischen Verwaltungsbehörden alles um, damit man wenigstens, wenn schon nicht visuell, so doch phonetisch, einen „französischen“ Ortsnamen erhielt. Allerdings gibt es Franzosen, die manche dieser französisierten Ortsnamen nicht korrekt in ihrer eigenen Sprache aussprechen können, da viele von diesen wahre Zungenbrecher darstellen, denen meist an sprachlicher Idiotie auch rein gar nichts fehlt: Sarreguemines = Saargemünd, Grosbliederstroff = Großblittersdorf, Petit Rederching, Gros Rederching, Volmunster, Gungwiller, Eguels-hardt, Mouterhouse, Heining, Voëlfing, Launstroff, Waldweistroff usw., usw. Eigenartig war auch die „Französisierung“ der elsässischen Ortsendungen -hofen: man schob noch ein „f“ ein, und so haben wir dort z. B. Pfaffenhoffen und Reichshoffen, sprich: Pfaffanoffang und Räschoffang, obgleich selbst die dortigen nur-französischsprachigen Beamten meist die übliche regionale Aussprache annehmen. Ähnliches ist auch von der Umtaufung der Vor- und Familiennamen der lothringischen und elsässischen Bevölkerung zu berichten: waren noch bis zum Ersten Weltkrieg Namen wie Jean, Babette, Philippine, Andre usw. Allgemeingut der deutsch-französischen Grenzvolkschaften und wurden sogar noch oft im Landesinnern gebraucht, so bekamen diese Namen jetzt eine Bedeutung als Staatszugehörigkeitssymbol. Auf heutiger deutscher Seite sind französische Taufnamen verpönt und werden nur noch selten gebraucht, wohingegen es auf französischer Grenzseite gänzlich schon von Amts wegen untersagt ist, andere als die im Kalender stehenden verfranzösisierten Namen auf dem Standesamt eintragen zu lassen. Ein Hans-Peter Müller kann und darf heute als solcher kein Franzose mehr sein, dafür aber nach Umbenennung in Jean-Pierre Muller oder Meunier. Auch auf deutscher Seite setzt sich immer mehr eine Neigung zur bewußt unkorrekten Aussprache romanischer Vor- und Familiennamen durch, die

sich nur zu einem gewissen Teil auf die sich heute immer mehr verbreitende Unkenntnis der französischen Sprache zurückführen läßt. Allerdings tragen vor allem „nationalbewußte“ innerdeutsche Einwohner noch ihr Scherflein dazu bei: Ich erinnere mich eines Vorfalles während meiner Schulzeit, als wir gerade im Unterricht die Gründung des Roten Kreuzes durch den Schweizer Henri Dunant behandelten. Der norddeutsche Lehrer bestand darauf, daß wir den Namen ohne Berücksichtigung der französischen Phonetik wie auf deutsch als „Duhnand“ aussprechen sollten. Aber auch einheimische Kinder waren so durch die antifranzösische Propaganda beeinflußt worden, daß sich zum Beispiel zwei meiner Schulkameraden anstrebten, ihr „Deutschtum“ zu beweisen, indem sie sich mit Händen und Füßen dagegen sträubten, daß wir ihre Familiennamen Picard und Dubois auf französisch anstatt auf deutsch aussprachen. Jedoch gibt es auch oft gerade das Gegenteil davon: Der häufige und nun amtliche Vorname Hans wird von den Einheimischen wie ehedem noch sehr oft „Jean“ ausgesprochen, ebenso andere Vornamen. Dies ist heute meist auf dem Lande der Fall, dessen Bevölkerung noch nicht so sehr durch die Umsiedlung verdeutscht wurde. Auf der anderen Seite hält aber auch die lothringische (Land-) Bevölkerung an ihren traditionellen Namen fest, trotz der Zwangsumtaufungen, ohne die man nun mal kein guter „Franzose“ sein kann, selbst wenn ein großer Teil der dortigen Landbevölkerung der französischen Sprache nicht immer ganz mächtig ist.

Dieser Französisierungsspaß wurde jedoch bitterster Ernst, als nach dem Zweiten Weltkrieg die französischen Regierungen sich von den im Dritten Reich üblich gewesenen Umsiedlungsmethoden inspirieren ließen und diese sogar noch perfektionierten: innerhalb von wenigen Jahren warf die französische Regierung massenweise Innerfranzosen, ganz gleich ob sie aus der Touraine, aus den Pyrenäen oder gar aus Korsika und Algerien stammten, an die sprachliche Ostfront - und das Erwartete blieb nicht aus: manche lothringischen Ortschaften verdoppelten in den Nachkriegsjahren ihre Einwohnerzahl, wobei es sich ganz von selbst versteht, daß die Neuzuzüge außer von Französisch allenfalls noch von Italienisch oder nordafrikanischen Sprachen eine Ahnung hatten, ebenso die französischen Beamten. Nun hatte die französische Regierung den Idealfall, daß zum Beispiel das als Vorort von Saarbrücken (Sarrebuck) gelten könnende Städtchen Forbach (sprich: Forbäck) in fast nichts hinter einem innerfranzösischem Provinz Städtchen zurücksteht, nur daß sich in Forbach manche Einwohner untereinander statt einer französischen einer deutschen Mundart bedienen.

Machten die jeweiligen französischen Regierungen den Elsässern zum Schein noch manche wenige, nicht sehr ins Gewicht fallende Konzessionen, so wurde an lothringischen Schulen, an denen sowieso fast nur allein innerfranzösische Lehrer unterrichteten, in nur einer Unterrichtssprache gelehrt: in Französisch. Parallel dazu liefen auch die meist fruchtbaren Bemühungen zum Verschwindenlassen alles Deutschsprachigen: Lesegut, Theater, Film und Folklore. Konnte man in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch hier und da einmal einen deutschsprachigen Film sehen, so sucht man jetzt auf Metzger und Diederhofferer Filmplakaten vergeblich die Ankündigung eines deutschen Films im Originalton. Übrigens gaben die Präfekten den Kinobesitzern Anweisungen, nach denen pro Stadt und pro Woche nicht mehr als nur ein deutscher Film gezeigt werden darf. Jedoch kann der Lothringer allmorgendlich die deutsche Übersetzung der französischsprachigen Tageszeitung „Le Republicain Lorrain“ - „France-Journal“ genannt - lesen. Allerdings sind die Elsässer da noch besser dran, denn bei ihnen gibt es auch deutschsprachige Ausgaben von „Les Dernieres Nouvelles“, „L'Alsace“, „Le Nouvel Alsacien“, nebst kleineren Wochenblättern und Halbmonatsblättern, wie sie in geringerer Anzahl auch in Ostlothringen bestehen. Übrigens gestatten die französischen Behörden die Ausgabe von deutschsprachigen Zeitschriften nur, wenn dieselben einen französischsprachigen Textanteil von mindestens 25 % enthalten, wobei der Zeitungsname in französisch erscheinen muß, während ein diskret eingeschobener deutscher Untertitel noch toleriert wird. Es besteht eine Verordnung, derzufolge der Sportteil und die Jugendspalten nur in französisch erscheinen dürfen. Im Elsaß ist der sprachliche Mißstand ebenso groß wie in Lothringen, obwohl wir feststellen können, daß die gewaltsame Französisierung durch Verschiebung von Menschenmaterial bisher auf den elsässischen Dörfern und Kleinstädten noch nicht so stark zu spüren ist. Die französische Regierung läßt im Elsaß noch verschiedene Ausnahmen zu, denn schließlich ist ja das Elsaß ein französisches Touristenland par excellence für all jene Franzosen, die sich einmal unverbindlich „wie in Deutschland“ fühlen möchten, ohne die Unannehmlichkeit in Kauf nehmen zu müssen, gleich von einem Einheimischen auf deutsch angesprochen zu werden. Lothringen jedoch ist leider kein Touristenland, sondern ein Schwerindustriegebiet mit neuerdings überwiegender nur-französischsprachiger Stadtbevölkerung. Deutsch wird dort lediglich auf Wunsch und bei genügender Anzahl von Interessenten als Fremdsprache von - zumeist - innerfranzösischen Lehrkräften unterrichtet, die selbst des Deutschen nicht immer völlig mächtig sind. Auf der Straßburger Universität hält man sogar die dortigen Germanistikvorlesungen in französischer Sprache ab. Alle Bestrebungen zur ursprünglichen Zweisprachigkeit hin, nach luxemburgischem, belgischem und südtirolischem Vorbild, werden

von den jeweiligen französischen Regierungen unterbunden.

Die Toleranz der französischen Regierung beschränkt sich jedoch im Elsaß meist nur auf die reine Folklore, nicht auf die Erhaltung der alemannischen Sprache. Es scheint, als ob beabsichtigt wird, daß in späterer Zukunft das alte alemannische Volksgut nur noch von vollfranzösisierten „Elsässern“ weitergetragen werden soll. An manchen Stellen trat schon heute die wirkliche deutsch-französische Sprachengrenze über den Gebirgskamm der Vogesen ihren Zug in die elsässische Tiefebene an, und Straßburg ist neuerdings nicht nur die Metropole der linksrheinischen Alemannen, sondern auch vieler Vogesenbewohner rein französischer Ausdrucksweise. Die Fahne der Erhaltung des urtümlichen Volkstums wird besonders im Oberelsaß und dessen Zentren Kolmar und Mühlhausen (Mulhouse) aufrechtgehalten, und die dortige Bevölkerung findet im benachbarten Baden sowie im Basler Land Anerkennung und Hilfe bei ihren Bestrebungen zum Erhalt ihrer Sprache und Kultur. Leider eiferten die Lothringer bisher dem Beispiel Elsaß noch nicht nach, um sich so ihrerseits auf ihre nächsten fränkischen Nachbarländer zu stützen, allerdings durfte die Schuld an diesem Versäumnis in der übermäßig großen völkischen Überfremdung der lothringischen Industrieorte zu suchen sein. Hingegen wenden sich diejenigen Elsässer, die ganz im Norden von Unterelsaß (Dépt. Bas-Rhin) beheimatet sind und noch dem fränkisch-pfälzischen Dialektraum angehören (Gegend von Weißenburg/Wissembourg), ohne Vorbehalt gern an ihre pfälzischen Artgenossen, und oft vermischten sich im Laufe der Zeit die beiden Stämme miteinander durch Familienbindungen, denen ja in neuerer Zeit kulturell und sprachlich vorgebeugt werden soll.

Die deutschen Nachkriegsregierungen taten ihrerseits nichts für eine Verbesserung der Grenzbeziehungen und halfen sogar mit, die Pfälzer und Saarländer den Lothringern und Elsässern zu entfremden, indem man unter der Adenauer-Ära nach französischem und nationalsozialistischem Vorbild massenweise Innerdeutsche, vor allem aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der heutigen DDR, an die sprachliche Westfront warf. Als nächstes untersagten die deutschen Kulturbehörden den Unterricht von Französisch als erster Fremdsprache und erhoben an seine Stelle das neutralere Englisch, genauso wie in Frankreich, mit dem man gerade zu dieser Zeit den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag vorbereitete. Allerdings erklärte sich die bundesdeutsche Regierung bereit, die von der französischen Armee in verschiedenen Garnisonsstädten eingerichteten französischen Bibliotheken und Kinos zu tolerieren, auch wenn diese nicht nur von Angehörigen der französischen Garnisonen aufgesucht werden. Andererseits ließen es aber die US-Streitkräfte zu, daß z. B. in Kaiserslautern die deutschen Behörden das dortige beliebte „Amerikahaus“ mit umfangreicher englischsprachiger Bibliothek und Filmvorführraum einfach auflösen ließen.

Im allgemeinen sind die französischen Soldaten bei den Einwohnern der pfälzischen Garnisonsstädte beliebter als die dort ebenfalls stationierten Amerikaner. Verfügen die US-Soldaten über einen hohen Sold und können sich folglich ausgiebige Zechereien erlauben, die Bars und Dancings geradezu wie Pilze aus dem Boden sprießen ließen, so sind die französischen Armeeingehörigen, durch niedrigeren Sold bedingt, wesentlich ruhiger, ja sie können sich meistens abendliche Ausgänge finanziell gar nicht erlauben. Da es auch sehr wenige Lokale gibt, die dem französischen Militär zusagen, so bleiben diese oft unter sich in ihren Kasinos, „Foyers“ genannt. Außerdem bietet sich den Franzosen öfters die Gelegenheit, über das Wochenende mal nach Hause zu fahren, besonders wenn sie aus Nord- oder Ostfrankreich stammen, und so füllen sie nicht so sehr die Garnisonsorte. Auf deutscher Seite findet man nur sehr selten französischsprachige Literatur in den Auslagen der dortigen Buchhandlungen. Dies steht im krassen Gegensatz zu der wesentlich besseren Versorgung mit französischen Büchern von innerdeutschen Städten wie München, Hamburg oder Berlin, die alle 400 bis 700 km von Frankreichs Grenzen entfernt liegen. Den gleichen Mißstand treffen wir auch im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen an. Die französischen Zeitungen werden solange von den deutschen Behörden zurückgehalten, und es werden so hohe Preise dafür verlangt, daß man sich wohl oder übel mit Zeitungen aus dem Landesinnern oder mit regionalen Blättern begnügen muß. Auch hier wird die Lage immer besser, je weiter man sich von der Grenze entfernt. So kann man zwar nicht mehr in Saarbrücken, jedoch in München-Schwabing die lothringische Tageszeitung „Le Republicain Lorrain“ erwerben. Mir passierte zum Beispiel eines schönen Nachmittags in Zweibrücken (Deux-Ponts) das folgende: In der Auslage eines Kiosks in Bahnhofsnähe sah ich viele ausländische Zeitungen, u. a. aus England, den USA, Jugoslawien und der Türkei - viele davon noch vom gleichen Tage. Ich verlangte den „Républicain Lorrain“, jedoch der Verkäuferin war diese Tageszeitung, die noch zehn Kilometer weiter in jedes Haus ausgetragen wird, völlig unbekannt. Den „Figaro“ und „Le Monde“ hatte sie nur von gestern oder vorgestern. „Ausländische Journale brauche halt immer ein bisschen länger“ meinte sie. So verließ ich die Herzogstadt Zweibrücken, auch „Deux-Ponts“ genannt, versehen mit der allerneuesten Ausgabe des „Corriere della Sera“ aus Mailand. So hatten jetzt beide Regierungen den gewünschten Erfolg: wenn heute ein junger Pfälzer oder Saarländer einen lothringischen Altersgenossen trifft, so mußten die beiden, da ja der Lothringer der deutschen Sprache nicht mehr mächtig sein sollte, und der

Pfälzer zwar unter Umständen den beiden früher gemeinsamen fränkischen Dialekt noch beherrscht, jedoch nicht mehr die französische Sprache, in der englischen Schulsprache radebrechen. Längs der deutsch-französischen Grenze gibt es geteilte Ortschaften, in denen solche Fälle unter jüngeren Einwohnern durchaus vorkommen können. Man stelle sich vor, Bozener oder Meraner müßten sich mit Innsbruckern auf englisch unterhalten, denn so etwas wird bald im südfränkischen Dialektraum zwischen Metzern, Forbachern und Saarbrückern allgemein der Fall sein, wenn man immer noch beharrlich den dortigen kulturellen und sprachlichen Mißstand verschweigt und ihn auch bei Bekanntwerden nicht ändern will.

Die deutsch-französischen Freundschaftsverträge mögen zwar Franzosen und Deutschen, die aus dem Innern ihrer Länder stammen, manchmal verschiedene neue Aspekte eröffnen und kulturelle und sprachliche Verständigungsmöglichkeiten bieten, sie wirken aber auf die bisher so guten Beziehungen zwischen den Grenzlandbewohnern gleicher Abstammung und Zunge nur störend: hätte früher einmal z.B. der Pirmasenser Fußballklub mit seinem Nachbarverein aus dem lothringischen Bitsch (Bitche) ein Spiel machen wollen, so wäre dies kein Problem gewesen. In der Zeitung hätte danach vielleicht die Meldung gestanden: „Pirmasenser FC gegen Bitscher FC: 2:1“- je nach Torzahl. Heute würde man in solch einem Fall nur noch von einem „deutsch-französischen Freundschaftsspiel“, von einem „deutschen Sieg über die Franzosen“ - je nach Spielergebnis - sprechen. Womöglich wären dazu noch hohe deutsche und französische Sport- und Kulturfunktionäre oder andere Würdenträger anwesend, um dann wieder einmal eine hochtrabende Freundschaftsbekräftigung anzubringen, natürlich jeder in seiner als offiziell geltenden Landessprache.

Was den Straßen- und Schienenverkehr zwischen den deutsch-französischen Grenzgebieten anbelangt, so entschlossen sich bisher die jeweiligen französischen und bundesdeutschen Verkehrsminister nicht, die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Grenzseiten wieder ganz herzustellen und gegenüber den vor 1919 schon existierenden noch zu verbessern. Kaiserslautern war z.B. schon seit römischer Zeit ein bedeutender Straßenknotenpunkt. Östlich dieser Stadt teilte sich die von Metz über Saarbrücken kommende alte Römerstraße so, daß ein nördlicher Zweig nach Mainz führte und ein nordöstlicher nach Worms ging. Zwar bestehen heute diese Straßen- und auch Bahnverbindungen noch immer, hingegen gibt es heute keine direkten Straßen oder Eisenbahnlinien von Kaiserslautern über Zweibrücken (Deux-Ponts) nach Duß(Dieuze) und weiter nach Nanzig (Nancy), die in etwa der alten römischen „Salzstraße“ entsprechen würden. Außerdem bestand da früher eine Römerstraße, die Kaiserslautern mit Bitsch (Bitche) verband. Will man jedoch heute mit der Bahn nach Zweibrücken fahren, so muß man erst in Homburg/Saar umsteigen, wohingegen es von Kaiserslautern nach Bitsch überhaupt keine direkte Bahnverbindung, sondern ab Pirmasens seit wenigen Jahren nur eine Postbusverbindung gibt. Bahnreisende nach Nanzig (Nancy) müssen heutzutage den Umweg über Metz machen. Hat man eine Eisenbahnreise von Kaiserslautern nach Straßburg vor, so muß man erst aufs badische Rheinufer fahren, in Karlsruhe umsteigen, um dann über die Rheinbrücke bei Kehl am Zielort anzugelangen. Demnach entsprechen die heutigen Verkehrsverbindungen zwischen Südwestdeutschland und Frankreich ungefähr denen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei.

Die Einwirkung der Grenzlandsituation auf die Mentalität der einheimischen Bevölkerung

Fuhr man mit der Bahn von Saarbrücken in das einige Kilometer davon entfernte Städtchen Forbach, so fielen einem dort bis vor wenigen Jahren auf dem Forbacher Bahnhof die sogar für französische Verhältnisse abnorm vielen Schnurrbart- und Baskenmützenträger auf, ebenso die vielen Küsse zwischen den Reisenden und den sie erwartenden oder zum Zug bringenden Anverwandten. „Da schau' mal, wie sich die Franzmänner abküssen“, hieß es dann manches Mal unter den deutschen Touristen, die mal ein Wochenende in Paris verbringen wollten und die ganze Szenerie von ihrem Waggonfenster aus genossen. Dies alles geschah zu einer Zeit, da in Frankreich die Schnurrbärte und Baskenmützen gar nicht mehr so modern und gebräuchlich waren und ein richtiger Franzose - ohne damit gleich sein Nationalitätsbewußtsein verletzen zu müssen - ruhig auf den Freundeskuß verzichten konnte, obwohl die Ausländer heute immer noch Franzosentum mit obigen nebensächlichen Attributen identifizieren. Aber gerade dies ist ja das große Problem der Grenzlandbewohner: sich wenn nötig mit großer Selbstüberwindung in das Klischee eines Franzosen oder Deutschen hineinzuzwängen um damit eventuellen Minderwertigkeitskomplexen dem vorherrschenden Mehrheitsvolke gegenüber beizukommen. Dies drückt sich nicht nur durch zur Schau gestelltes klischeemäßiges Verhalten, sondern zum Beispiel auch in der jeweiligen nationalen Mode aus: laufen im badischen Kehl bis kurz vor die Rheinbrücke die Knaben noch in den in Deutschland üblichen Lederhosen herum, so ist diese Hosenart ein paar hundert Meter weiter, auf Straßburger Territorium, völlig unbekannt. Gehen in Kehl bis kurz vor die Rheinbrücke die älteren Damen noch dezent und ungeschminkt, in konventionellen Kleidern oder im in Deutschland so verbreiteten „Trachtenlook“ einher, so ist es nur ein paar

hundert Meter weiter, in Straßburg, schon seit langem gang und gäbe, daß die älteren Damen dort ihr mangelndes „Französentum“ durch ausgiebiges Beschminken und Tragen bunter Kleidung wiedergutmachen wollen und oftmals wie - für Empfindungen deutscher Touristen - Bordelldamen einherwandeln. Schon Malaparte fragte in seinem Buch „Der Zerfall“: „Sind das Franzosen?“ Allerdings machen andererseits Lederhosen und Trachtenkleid allein auch noch lange keine Deutschen aus, dies aber den davon betroffenen Badenern, Pfälzern und Saarländern klarmachen zu wollen, wäre wohl sehr schwierig. Mitläufer gab es zu allen Zeiten und wird es auch in Zukunft wohl immer noch geben, nicht nur in den Grenzländern. Ich selbst habe im Elsaß Verwandte, die mit ihren nun schon erwachsenen Kindern bisher noch kein einziges Wort „Elsässerdeutsch“ oder Hochdeutsch gesprochen haben, um so ihren Kindern und vor allem wohl sich selbst ihr „Französentum“ zu bestätigen. Wie schädlich und wie dumm diese Erziehung ist, und wie sich später diese Vorethaltung wertvollen Sprachen- und Gedankenguts auf ihre Nachkommen auswirken wird, können oder wollen diese sich nach dem jeweiligen politischen Winde drehenden Menschen nicht begreifen. Die Auswirkungen der beiderseitig angewandten Schulpolitik sind leider auch nicht zu unterschätzen. Lernen zum Beispiel die Schüler aus dem nordelsässischen Lauterburg (Lauterbourg), daß sie von den Galliern abstammen, so wird den Schülern des südpfälzischen Nachbarortes Neulauterburg eingeschärft, sie stammten von den Germanen ab und ihre Vorfahren hätten im Teutoburger Wald die ach so bösen Römer geschlagen.

Ich selbst erinnere mich an zwei Ausflüge mit zwei verschiedenen Volksschullehrern auf die südpfälzische Burgruine „Berwartstein“, von der jeder Lehrer, unabhängig vom anderen, auf Richtung Elsaß deutete, dabei aber nur von „Frankreich“ und „Franzosen“ sprach und dazu Assoziationen wie „Rotwein“ und „Liebe“, „Kuss“ und „Baskenmütze“, „Dunkelhaarigkeit“ und „Feigheit“, „Kleinwüchsigkeit“ und „Verkommenheit“ verwendete und auch allerlei persönliche Westfronterlebnisse zum besten gab. Ob diese Parallele nun Zufall oder Methode war, bleibt offen und ganz dem Urteil des Lesers überlassen. Fest steht, daß sich diese Nachkriegserziehung auf die meisten meiner Mitschüler dementsprechend ausgewirkt hat.

II. Luxemburg

Für Laien sieht die sprachliche Situation im Großherzogtum Luxemburg auf den ersten Blick nicht weniger besorgniserregend aus als in Lothringen und im Elsaß: überall sieht man fast ausschließlich nur die französische Sprache geschrieben. Lediglich auf einer Serie von Ein-Franken-Stücken prägte man als offizielles Zugeständnis den Landesnamen „Letzeburg“ anstatt des französischen „Luxembourg“. Jedoch hört man überall im Großherzogtum die „letzeburgische“ Sprache, die gleichberechtigt mit der französischen ist, ja diese sogar in ihrer Häufigkeit als Umgangssprache übertrifft, nicht jedoch in der Schriftsprache. Meist nur in der Provinz kann man noch hier und da Bekanntmachungen, vor allem für regionale Veranstaltungen, in Luxemburgisch finden. Aber die Luxemburger ordnen sich gern der französischen Schriftsprache unter - geschieht dies doch nicht aus Zwang, sondern aus der luxemburgischen Großzügigkeit und neu erworbenen Freiheit sowie Unabhängigkeit vom deutschsprachigen Nachbarn heraus. Dieser sowie die romanischen Nachbarn erkennen jedoch nicht die Tatsache an, daß Luxemburgisch sehr wohl eine eigene abgeschlossene Sprache ist und von Schriftdeutsch in Grammatik, Wortschatz und Aussprache mindestens so weit entfernt ist wie etwa Niederländisch von Deutsch. Ein großer Teil der luxemburgischen Sprache besteht aus französischem und niederländischem Wortschatz,- dazu kommen außerdem speziell erhaltene (mosel-) fränkische Wörter sowie typische luxemburgische sprachliche Sonderbildungen. Man darf in keinem Fall von einem „luxemburgischen Dialekt“ oder gar „Kauderwelsch“ reden, genausowenig wie man es heute von Niederländisch tun würde. Sogar die unmittelbaren fränkischen Nachbarvölker des Großherzogtums, die Lothringer, Saarländer, Mosel- und Rheinfranken, tun sich nicht leicht im Verständnis der luxemburgischen Umgangs- und Schriftsprache.

Allerdings unternehmen die Luxemburger selbst kaum etwas gegen den Ruf ihrer Sprache als bloßen Dialekt: bis jetzt erschien noch kein Lehrbuch, geschweige denn eine Grammatik oder ein Wörterbuch der luxemburgischen Sprache; nicht zuletzt deshalb, weil Luxemburg als eigenständiges Land ziemlich in sich hinein abgeschlossen ist und kaum assimilierungsfreudige Ausländer zählt; diese ziehen sowieso die französische oder - je nach ihrer Herkunft - auch die deutsche Sprache für den Umgang mit ihren luxemburgischen Gastgebern vor. Letzeburgisches Schriftgut gibt es kaum: lediglich in den Witz- und Anekdotenspalten kleinerer Blätter. Dafür lesen die Luxemburger sehr häufig deutsche Publikationen und schauen sich gern deutsches Fernsehen an. Nicht zuletzt deshalb sprechen sie meist einwandfreies Deutsch, oft mit einer von Deutschen als „rheinländisch“ empfundenen Aussprache, die sich jedoch nicht so bemerkbar macht wie der oft für „französisch“ angesehene Akzent der Pfälzer, Saarländer und Lothringer.

Obgleich die Luxemburger im allgemeinen sehr bodenständig sind, haben sie doch viele Verwandte in den angrenzenden

Gebieten, die zu Belgien (oft auch zu den Niederlanden) sowie zu Frankreich und zur Bundesrepublik gehören. Dadurch kommt es des öfteren vor, daß ihre Verwandten hier und dort noch untereinander „letzeburgesch schwätzen“, ja daß deren nicht-luxemburgische Freunde - das ist besonders in Lothringen und im Elsaß der Fall - die luxemburgische Sprache trotz der dazu fehlenden Grammatiken erlernen.

Völlig anders ist die Situation des luxemburgischsprachigen Südostteils der belgischen Provinz Luxemburg mit der Hauptstadt Arlon (Arel). Die Anwesenheit von letzeburgisch sprechenden Bürgern wird von der belgischen Regierung leider einfach abgetan, und Luxemburgisch wird somit in Belgien als vierte offizielle Landessprache, nach Niederländisch, Französisch und Deutsch, nicht anerkannt.

Nach dem 2. Weltkrieg vertrat man auch hier oft die Auffassung, daß man zum Beweise seiner Loyalität gegenüber dem Staate das Französische zu sprechen habe, also eine „patriotische Abneigung“ gegen die deutsche Sprache zeigen müsse. Während noch im Jahre 1930 40. 000 Personen in der belgischen Provinz Luxemburg erklärten, letzeburgisch bzw. deutsch zu sprechen, waren es 1947 plötzlich nur noch 7. 000 !

III. Belgien

Schon seit Jahren hört man in der Regel nur noch vom flämisch-wallonischen Sprachenstreit reden, daß es aber auch deutschsprachige Provinzen in Belgien gibt, kommt leider nicht zum Ausdruck. Um die sprachliche Lage dieser belgischen Ostkantone näher erläutern zu können, muß man erst einmal den Grund des flämisch-wallonischen Streits untersuchen.

In Belgien gibt es außer den deutsch- und luxemburgischsprachigen Kantonen im Osten und Südosten noch die wallonischen Provinzen im Süden sowie die flämischen im Norden. Wallonien, (zusammengesetzt aus den Provinzen Hennegau, Namur, Lüttich, Luxemburg und dem südlichen Brabant) und Flandern (zusammengesetzt aus den Provinzen West-Flandern, Ostflandern, Antwerpen, Limburg und dem nördlichen Brabant) sind ungefähr gleich groß, wobei die Zahl der flämisch-niederländisch sprechenden Flamen gegenüber den wallonisch-französisch sprechenden Wallonen etwas größer ist. In der Mitte der beiden Landesteile, auf flämischsprachigem Boden gelegen, liegt die zweisprachige Landeshauptstadt Brüssel, frz. Bruxelles. In Wallonien sind alle Beschriftungen nur französisch, in Flandern nur niederländisch, in Brüssel zweisprachig und in anerkannten zweisprachigen wallonischen oder flämischen Sprachgrenzgebieten ebenfalls zweisprachig, wobei sich die Sprache der jeweiligen Minderheit der Sprache der jeweiligen Mehrheit unterzuordnen hat. In Belgien werden offizielle Sprachengebietskarten herausgegeben, die Belgien somit in folgende Gebiete einteilen:

1. a) Rein französischsprachige Gebiete
- b) Gebiete mit anerkannter flämischsprachiger Minderheit
- c) Gebiete mit anerkannter deutschsprachiger Minderheit
2. a) Rein flämischsprachige Gebiete
- b) Gebiete mit anerkannter französischsprachiger Minderheit (Gebiete mit anerkannter deutschsprachiger Minderheit gibt es nicht)
3. a) Rein deutschsprachige Gebiete
- b) Gebiete mit anerkannter französischsprachiger Minderheit
(Gebiete mit anerkannter flämischsprachiger Minderheit gibt es nicht)
4. a) Brüssel (zweisprachig)
- b) Brüsseler Vororte mit anerkannter französischsprachiger Mehrheit und flämischsprachiger Minderheit
- c) Brüsseler Vororte mit anerkannter flämischsprachiger Mehrheit und französischsprachiger Minderheit

5. Luxemburgischsprachige Gebiete werden nicht anerkannt und einfach zu den rein französischsprachigen Bezirken gezählt.

Somit wäre nun damit alles in Ordnung, denn zumindest die Flamen und die Wallonen haben ja die gleichen Rechte und können somit zufrieden sein; keiner wird vom anderen übervorteilt, alle haben das gleiche Recht auf Schulunterricht in ihrer Sprache, auf Hören und Lesen ihrer Sprache und auf die Behandlung bei den Behörden in ihrer Sprache. Lediglich die Luxemburger aus der Gegend um Arlon (Arel) hätten Anlaß zu Beschwerden, nur hört man dann kaum etwas davon. Wie kommt es also, daß sich Flamen und Wallonen dauernd in den Haaren liegen, wo doch augenscheinlich alles zum besten ist?

Die Schuld daran ist bei der belgischen Regierung zu suchen, die jeden Tag aufs neue in Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie in der Verwaltung die Unterschiede zwischen den Flamen und Wallonen gar zu oft herausstellt. Kein Tag vergeht, an dem nicht wieder einmal eine neue Volkszählung nach Sprachzugehörigkeit publik gemacht wird, und zwar mit immer neuen Ergebnissen, wo sich doch die belgische Bevölkerung gar nicht so schnell von heute auf morgen vermehren oder vermindern kann. Diese veröffentlichten Statistikzahlen geben regelmäßig Anlaß zu Protesten und Berichtigungsversuchen aus den Reihen der Leser, Hörer, Fernseher und Politiker. So werden tagtäglich die Belgier auf Trab gehalten, und die Schlagzeilen der Zeitungen berichten statt über die großen Ereignisse der Welt- oder belgischen Politik immer über dasselbe: Über soundsoviel Prozent Französischsprachige, soundsoviel Prozent Niederländischsprachige und hin und wieder sogar über soundsoviel Prozent Deutschsprachige, die gar zu oft vergessen werden.

Stellenangebotsannoncen staatlicher oder privater Betriebe suchen meist nur die üblichen „zweisprachigen“ Arbeitnehmer, oftmals aber auch nur -niederländischsprachige oder nur-französischsprachige Kandidaten sowie Bewerber nur einer Sprache, aber mit Kenntnissen der anderen. In der Regel spricht man von der Beherrschung „der beiden Nationalsprachen“, wobei man außer acht läßt, daß es ja drei staatlich anerkannte Landessprachen gibt. Im Staatsdienst soll die Zahl der Beschäftigten prozentual der einen oder anderen Sprache zugeordnet werden können, der statistische Sprachzugehörigkeitsplan muß unbedingt erfüllt werden. „Zweisprachigkeit“ im in Luxemburg, Lothringen, Südtirol und in der Schweiz üblichen Sinne gibt es in Belgien offiziell nicht. „Zweisprachigkeit“ bedeutet in Belgien nur eine Haupt- oder Muttersprache mit mittelmäßigen bis guten Kenntnissen der zweiten oder dritten Landessprache, auch wenn dies nur Schulkenntnisse sind, denn zur eigentlichen Zweisprachigkeit wird die Jugend in Belgien nicht erzogen, selbst im zweisprachigen Brüssel nicht, wo die Kinder ganz nach dem Wunsch ihrer Eltern entweder nur eine niederländischsprachige oder aber eine französischsprachige Schule besuchen. Zweisprachige Schulen gibt es nicht.

Die von der belgischen Regierung sich selbst aufgezwungene Planerfüllung des Sprachenanteils treibt oft seltsame Blüten, die von den Belgiern im allgemeinen kritiklos hingenommen werden. So müssen staatliche Orchester meist etwa zur Hälfte Wallonen und zur Hälfte Flamen aufweisen können. Da ein solches Orchester seine Musikanten nicht nach Talenten, sondern nur nach sprachlichen Gesichtspunkten auswählen darf, so ist es kaum möglich, daß eine staatliche belgische Musikgruppe das Niveau eines ausländischen Orchesters erreichen kann. Ergibt es sich zufällig, daß z.B. 80 Prozent aller talentierten Bewerber zufällig der französischen Sprachgruppe angehören, jedoch nur 20 Prozent der niederländischen Sprachgruppe, so werden trotzdem nur etwa 50 Prozent der wallonischen Bewerber eingestellt, hingegen aber alle 20 Prozent der Flamen, wobei man noch alles in Bewegung setzt, um die Lücke der restlichen 30 Prozent auf gut Glück mit allem zu stopfen, was gerade des Weges kommt, wenn es nur flämisch ist und etwas von Musikinstrumenten versteht. Es gibt allerdings auch rein „flämischsprachige“ und rein „französischsprachige“ Orchester. Man spricht sogar offiziell von flämischsprachiger und „französischsprachiger“ (!) Musik, selbst wenn beide Orchester Werke von internationalen Klassikern spielen. Diese seltsame Situation trifft nicht nur auf Orchester zu. Nun taucht die Frage auf: wie stellt man eigentlich die sprachliche Zugehörigkeit in Belgien fest, und wie kann man so etwas überhaupt konkret beweisen? Kann man denn nicht einfach bei einer Bewerbung, bei der Flamentum von Vorteil ist, behaupten, man sei Flame, auch wenn man in Wallonien von wallonischen Eltern geboren ist, aber trotzdem perfekt flämisch spricht, ohne jedwelchen wallonischen Akzent, ja sich selbst gar nicht als „Wallone“ oder „Flame“, sondern einfach als Belgier fühlt?

„Belgier“ zu sein ist ein relativer Begriff, der vor allem für internationale Rechts- und Paßfragen von Bedeutung ist; im Landesinnern selbst ist diese Bezeichnung fehl am Platz, obwohl auf den belgischen Personalausweisen die Bezeichnung „Belgier“ aufgedruckt ist. Allerdings sind gerade diese grünen Ausweise die beliebtesten Instrumente der belgischen Regierung zur „Feststellung der

Sprachenzugehörigkeit", und zwar geht dieser unerhörte, jedoch von den Belgiern meist kritiklos hingenommene Vorgang folgendermaßen vor sich:

Wenn der junge Belgier zum ersten Mal in seinem Leben einen Personalausweis bekommt, so gibt es, je nach Sprachgebiet und Laune des ausstellenden Beamten oder des Antragstellers sowie dessen Eltern, die nachstehenden Möglichkeiten, die einem Nichtbelgier zwar verworren und merkwürdig erscheinen, in diesem Land jedoch die Regel sind:

1. Der Beamte fragt den Antragsteller, in welcher Sprache er seinen Personalausweis ausgestellt haben will
2. Der Beamte stellt ohne zu fragen den Ausweis in der Sprache aus, in der er gerade vom Antragsteller angeredet wurde
3. Der Beamte stellt unter Umständen den Ausweis in der Sprache aus, in der die Personalausweise der Eltern des Antragstellers abgefaßt sind
4. Der Beamte stellt den Ausweis in der Sprache aus, in der die Geburtsurkunde des Antragstellers abgefaßt wurde.

Allerdings hängt es davon ab, in welcher der acht offiziellen Sprachgebietsvariationen man seinen Antrag stellt. In einem rein französischsprachigen Gebiet hat der Antragsteller kaum eine Wahl, im zweisprachigen Brüssel jedoch kann er leicht zu einem Ausweis in einer der beiden dort gebräuchlichen Sprachen kommen, ebenso in einem Bezirk mit anerkannter sprachlicher Minderheit. In jedem Fall ist die Sprache des Ausweises, der zuerst ausgestellt wurde, entscheidend für die Sprache aller folgenden Personalausweise und Belege, denn es dürfte schwierig sein, bei Neuanschaffung eine Identitätskarte in einer anderen als in der zuerst verlangten oder auf gezwungenen Sprache zu erhalten - diese erste Sprache soll dem Belgier sein ganzes Leben lang anhaften, und deshalb steht auf Personalausweisen belgischer Staatsangehöriger keine Gültigkeitsdauer,- man kann seinen Ausweis, sofern das Lichtbild nicht zu sehr von der Wirklichkeit abweicht, sein ganzes Leben lang behalten, ohne ihn verlängern lassen zu müssen, und muß ihn lediglich bei Verlust, Zerstörung, Änderung der Eintragungen oder Umzügen in andere Gemeinden neu beantragen.

Nun ist es nicht so, daß die belgischen Behörden immer dieselben vorgedruckten Ausweisformulare benutzen und nur die Eintragungen in den jeweiligen Sprachen vornehmen. Es gibt in Belgien offiziell vier vorgedruckte Personalausweise: französische, niederländische, deutsche und eine geringe Anzahl von niederländisch-französischen für den Brüsseler Raum, die allerdings sehr selten ausgegeben werden. Die Eintragung muß dann in der Sprache des Vordruckes erfolgen, bei den seltenen zweisprachig vorgedruckten Ausweisen in einer der beiden Sprachen. Natürlich können belgische Staatsangehörige mit ihren Personalausweisen ebenso auf Auslandsreisen gehen wie z.B. Bundesdeutsche; trotzdem unterließ es der belgische Staat bewußt, kleingedruckte Übersetzungen der Personalspalten in den wichtigsten europäischen Verkehrssprachen in die belgischen Identitätskarten einzudrucken, so wie es in allen anderen westlichen Staaten üblich ist, dies schon im Hinblick auf die eventuelle Ausweiskontrolle durch z.B. nicht-flämischsprachige spanische Grenzbeamte. Auch macht es auf italienische Grenzkontrolleure einen eigenartigen Eindruck, wenn ein Eupener Tourist einen nurdeutschsprachigen Personalausweis des „Königreichs Belgien" vorweisen kann. Überraschenderweise macht die belgische Regierung eine Ausnahme im Ausstellen von Personalausweisen für Ausländer, die in Belgien wohnhaft sind. Obwohl diese mit ihren weißen oder gelben Personalausweisen lediglich in die Benelux-Staaten und unter Umständen nach Frankreich einreisen dürfen, sind diese Ausweiskarten wie international üblich in allen Verkehrssprachen gedruckt und weisen lediglich im hervorgehobenen Fettdruck, sowie durch die amtlichen Eintragungen, die Sprache des Inhabers aus. Dieser hat keine so großen Probleme, den Ausweis in der von ihm gewünschten oder gesprochenen Sprache zu erhalten. Dem belgischen Staat und vor allem den wallonischen Behörden kann dies nur recht sein, werden doch die oft „französischsprachigen" Ausländer gern zum Stopfen eventueller wallonischer Sprachdefizite benötigt. Diese Ausländerausweise sind jedoch im Gegensatz zu denen der belgischen Staatsangehörigen nur begrenzt gültig, und bei einigem Geschick kann der Ausländer beim Neuausstellen seines Ausweises dessen Sprache wechseln wie das Hemd.

Was die Ausgabe von Papier- und Münzgeld anbelangt, so treibt das belgische Sprachenspiel auch hier seltsame Blüten: die Vorderseite der einzelnen Banknoten ist, je nachdem, nur in französischer oder nur in niederländischer Sprache abgefaßt, die Rückseite ebenso; allerdings wird die deutsche Sprache nicht berücksichtigt. Auf belgischen Münzen steht in der Regel nur eine

einzigste Sprachzugehörigkeits-Bezeichnung: entweder nur „Belgique“ oder nur „Belgie“ - auch hier keine deutsche Bezeichnung. Etwa die Hälfte der ausgegebenen belgischen 1-, 5- oder 10-Frankenstücke trägt nur den französischen, die andere Hälfte nur den niederländischen Landesnamen. Die Regierung erfand und verwendet allen Ernstes Ausdrücke wie „zweisprachige Banknoten“ und „niederländischsprachiges“ oder „französischsprachiges Münzgeld“. Die Belgier selbst empfinden dies alles als „normal“. Unnormal ist für sie, daß zum Beispiel die jugoslawische Regierung ihre Geldscheine und -Stücke in allen vier offiziellen Sprachen Jugoslawiens herstellen läßt, unnormal ist für die belgische Bevölkerung aber auch, daß die Bundesdeutschen Inhaber von Personalausweisen in drei Sprachen anstatt in nur einer einzigen sind. Diese Mentalität wird sich auch nach späterem eventuellen Wegfall der westeuropäischen Ländergrenzen kaum ändern, da das belgische System zur Erschließung der Sprachzugehörigkeit alle Chancen hat, auch noch in einem grenzenlosen Europa angewandt zu werden. Diese ganzen Volkszählungen und Sprachenstreits sind jetzt zu einem Nationalsport der Belgier geworden, und ihre Regierung will durch dieses Spiel die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von wachsenden sozialen und rassistischen Problemen ablenken. . .

Bei allen diesen von der belgischen Regierung künstlich hochgespielten Sprachproblemen wird das wahre Problem der deutschsprachigen Ostkantone Belgiens glatt vergessen. Die Kantone von Eupen, Malmedy und St. -Vith, die von 1815 bis 1920 ein Teil des Preußischen Königreichs waren, werden heute von der belgischen Regierung nur noch etwa zur Hälfte als deutschsprachig mit geschützter Minderheit französischer Sprache (Gebiet von Eupen, Eynatten, Hauset, Hergenrat, Kettenis, Kalmis, Lontzen, Neu-Moresnet, Raeren, Walhorn, Amel, Büllingen, Bütgenbach, Crombach, Eisenborn, Heppenbach, Lommersweiler, Manderfeld, Meyerode, Recht, Reuland, Rocherath, St. -Vith, Schoenberg und Thommen) und zur anderen Hälfte als französischsprachig mit geschütztem deutschsprachigen Bevölkerungsanteil (Malmedy, Bellevaux-Ligneuville, Beverce, Faymonville, Robertville und Waimes) anerkannt. Das schon seit 1830 zu Belgien gehörende Gebiet von Montzen (Gemeinden Baien, Gemmenich, Kapell, Homburg, Membach, Montzen, Moresnet, Sippenaken und Welkenrath) wird als französischsprachiges Gebiet mit geschützter Minderheit deutscher Sprache angesehen. Allerdings gab und gibt es Bestrebungen, dort Niederländisch als Zweitsprache einzuführen, weil einige belgische Akademiker den dort gesprochenen Dialekt für einen rein flämischen halten. Beide Mehr- oder Minderheitsregelungen darf man jedoch nicht zu ernst nehmen, weist doch alles im dortigen Volkstum auf die Angehörigkeit der ehemaligen deutschen Provinzen Eupen und Malmedy zum ripuarisch-fränkischen Dialektraum hin, die mit einer freiwilligen Zweisprachigkeit verbunden ist (in manchen Dörfern des Kantons Eupen und im Gebiet von Montzen wird auch das dem Niederländischen nahestehende Niederfränkisch gesprochen, wohingegen im Kanton St.-Vith und in den deutschsprachigen Gemeinden des Kantons Malmedy mehr moselfränkisch gesprochen wird). Die verworrenen Sprachregelungen der belgischen Regierung machen eine bei Zählungen immer mehr zurückgehende Deutschsprachigkeit zur Regel, da heutzutage schon alles als Symptom für offizielle Sprachzugehörigkeit verwertet wird: die Sprache, in der man dort die Steuererklärungen verlangt - oder einfach erhält, die Sprache, in der die verschiedenen standesamtlichen Papiere verlangt oder unaufgefordert abgefaßt werden, u. ä. Dabei ist klar, daß immer mehr Deutschsprachige in Belgiens Ostkantonen auf französischsprachige Behördenformulare zurückgreifen müssen, weil a) vielleicht deutschsprachige Formulare nicht mehr vorrätig sind, b) die französischen Formulare ihnen praktischer erscheinen, c) es ihnen ganz einfach egal ist und sie sich keine Gedanken darüber machen, wie ihnen dieser höchst „offizielle“ Schritt nachher bei der Formularabzählung angerechnet wird. Die belgischen Volkszählungen gemäß Sprachengruppen sind deshalb einfach nicht ernst zu nehmen und ethnologisch undiskutabel, wie übrigens die meisten solcher Statistiken, die von den Regierungen anderer Länder veröffentlicht werden.

IV. Westschweiz

Berner Jura

Außer im Laufental hat man im Jura seit Jahrhunderten ausschließlich französischen Dialekt gesprochen, vom Zeitalter der Aufklärung an auch zunehmend „gutes“ Französisch. Die Ansiedlung bernischer Täufer, der Einfluß von Bern und Biel sowie systematische germanophile Bestrebungen zu Beginn unseres Jahrhunderts halfen dem Deutschen - entgegen dem Territorialprinzip - Gelände zu gewinnen. Heute sprechen immer noch 27 Prozent der Bevölkerung im Bezirk La Neuveville deutsch, im Bezirk Courtelary 22 Prozent, in Moutier 20 Prozent, in Delsberg/Delemont 16 Prozent, in den Freibergen 12 Prozent und in Pruntrut 10 Prozent. 1968 gab es noch sechs deutschsprachige Schulen im vorwiegend französischen Teil des Berner Jura - von insgesamt 78 jemals festgestellten. Die deutschsprachigen Sektenmitglieder führen ein völlig isoliertes Leben mit eigener

Zeitung, eigenem Kultur- und Vereinsleben. Die jüngere Generation freilich paßt sich wie immer und überall an: selbst auf dem Schulhof der Täuferkirche von Moron hört man heute Französisch - weniger allerdings von den Erwachsenen nach dem Gottesdienst vor der Kapelle.

Von einem reinen Sprachenkonflikt aber kann im Jura kaum die Rede sein: längst sind auch deutschsprachige Jurassier in Delsberg/Delemont Separatisten. Spannungen auch im Sprachbereich entstehen erst dort, wo politische Differenzen ausgetragen werden, vorab und besonders kraß im kantonbernischen Parlament, dem Großen Rat. In Zürich und Schaffhausen, im Thurgau und in St. Gallen, in Basel, Luzern und Zug — in allen größeren einsprachigen Deutschschweizer-Parlamenten, bedienen sich die Ratsherren der Hochsprache. Nur im Kanton Bern hält man hartnäckig am Dialekt fest. Dies ist um so verwunderlicher, als Bern neben Freiburg die einzige zweisprachige Kantonslegislative unterhält. Für die Welschen ist jedoch „Bärndütsch“ rotes Tuch und spanisches Dorf zugleich. In mehreren Vorstößen haben die Jurassier deshalb für die Einführung der Hochsprache votiert - bislang vergeblich. Es existiert zwar eine Simultanübersetzungsanlage, aber selbst den sprachgewandtesten Dolmetschern ist es oft nicht möglich mitzuhalten.

Freiburg/Fribourg

Fast noch deutlicher wird die mangelnde Bereitschaft, Sprachgegensätze zu lösen, im zweiten zweisprachigen Kanton, Freiburg/Fribourg. Ursprünglich deutsch, war die Stadt Freiburg von Anfang an von anderssprachiger Landschaft umgeben. Freilich wurde nach dem Eintritt Freiburgs in den Bund der Eidgenossen emsig germanisiert. Erst zu Napoleons Zeiten gewann das Französische wieder an Boden. Die Verfassung hielt immerhin fest, daß Regierungsbeschlüsse und Gesetze auch auf deutsch zu publizieren seien. Heute steht es unter den 180. 000 Einwohnern des Saanekantons ca. 2:1 zugunsten der Welschen, nur ein Amtsbezirk ist rein deutschsprachig.

Die Gleichberechtigung der Sprache ist dennoch nicht hergestellt: auch wenn beide Parteien deutsch reden, werden die meisten Gerichtsurteile französisch gefällt, denn Freiburg/Fribourg hat nur einen einzigen deutschsprachigen Kantonsrichter. Trotz einer Bundesregelung von 1968, nach der die Ortsschilder und Straßensignalisationen in der Amtssprache sein müssen, wenn die deutschsprachige Minderheit mindestens 30 Prozent beträgt, sind die Wegweiser im deutschsprachigen Senebezirk immer noch französisch (übrigens ähnlich wie in den belgischen Ostkantonen, wo Straßenschilder „Trèves“ statt „Trier“ anzeigen). Die Sene selbst heißt in der Kantonsmetropole nur „Sarine“. Historische Denkmäler und Plätze sind nur für französischsprachige Leser angeschrieben. Benachteiligung der Deutschfreiburger auch im Schulbezirk: Erst 1962 wurde ein deutsches Lehrerinnenseminar eröffnet. Deutsche Technikumsschüler müssen immer noch durchwegs welsche Kurse besuchen (was in Elsaß- Lothringen selbstverständlich und in den belgischen Ostkantonen auch nicht viel besser ist). Der französische Bürgermeister von Courgevaux (70 Prozent deutsch) weigert sich, eine deutsche Schule zu eröffnen. Deutschfreiburger haben sich nach Murten zu begeben - die Gemeinde bezahlt nicht mal das Schulgeld.

Biel/Bienne

In Biel/Bienne sind die Straßen zweisprachig angeschrieben (immer deutsch voran freilich). Auf deutsche Fragen hört man eine französische Antwort, umgekehrt selten. Im Parlament spricht jeder Muttersprache, eine Übersetzungsanlage fehlt: „Bilinguisme“ lautet die unausgesprochene Wahlfähigkeitserklärung (allerdings eine ernster zu nehmende

Zweisprachigkeit als die in Belgien übliche). Ein einsprachiges Exekutivmitglied wäre amtsuntauglich. Kein einziger der 326 Auszählkreise der Volkszählung 1970 - die Italiener-Gettos ausgenommen - ist einsprachig. In Biel/Bienne gibt es Sprachzwitler: so sagt eine welsche Hausfrau: „je vais poutzer“ (ich gehe putzen).

Leider sind so ziemlich alle Versuche, in Biel/Bienne aus dem Faktum Zweisprachigkeit kulturellen Profit zu ziehen, gescheitert oder aufgegeben worden:

- Die einzige zweisprachige Zeitung überlebte den Zweiten Weltkrieg nur um ein paar Jahre.
- Das Gymnasium, bis 1955 zweisprachig, wird seither getrennt geführt. Die Schulsysteme gehen eigene Wege: die Welschen haben

die Fünftagewoche eingeführt, die Deutschbieler sträuben sich noch dagegen.

- Die großen Parteien haben durchwegs sprachverschiedene Sektionen (wie in Belgien).
- Welsche Theaterfreunde lernen Frisch und Dürrenmatt nur in zweitrangigen Inszenierungen französischer Tournée-Truppen kennen.

Die fehlende Kooperation der zwei Sprachen gründet in der wirtschaftlichen und historischen Bedingtheit des Phänomens „Bielinguisme“. Aus der einstigen deutschsprachigen Außenbastion des Bistums Basel ist im Verlauf der letzten 150 Jahre vornehmlich durch die Industrialisierung in und um Biel/Bienne eine Agglomeration von nahezu 100.000 Einwohnern entstanden. Während vor hundert Jahren von den 9.000 Einwohnern noch 85 Prozent deutsch sprachen, sind es heute nur mehr knapp zwei Drittel. Der welsche Anteil hingegen ist auf 27 Prozent gestiegen. (Trotzdem steht es hier, wie wir sehen, doch noch besser mit der Anzahl der Deutschsprachigen als im noch viel schneller und gezielter industrialisierten Elsaß-Lothringen). Die Verschiebung der Sprachgrenze - lokale Fröntier warnten vor dem „Vormarsch des Welschtums“ - steht in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der Uhrenindustrie, die bis zurück ins Jahr 1718 nachgewiesen werden kann. Seit 1850 erleichterten die Bieler Behörden die Einwanderung der Uhrmacher durch steuerliche Maßnahmen. Der Zustrom aus dem Jura und der Westschweiz schwoll daraufhin derart an, daß eine sprachliche Assimilation nicht mehr möglich war. Französisch war also ursprünglich die Sprache der Fremdarbeiter. .

.Gründe für das Nebeneinander statt Miteinander der schweizerischen Mehrsprachigkeit

Es gibt drei Hauptgründe für die Vorurteile des Westschweizers gegenüber der Muttersprache des Deutschschweizers:

- Das Problem Schwyzertütsch-Hochdeutsch
- Der Zentralismus der französischen Kultur (Paris)
- Die Macht des sprachlichen Norm-Begriffs im Französischen.

Schwyzertütsch scheint der Hauptsünder zu sein: Da die Umgangssprache des Romand dem Schriftfranzösischen viel näher steht als Schwyzertütsch dem Hochdeutschen, muß der Welsche eigentlich zwei deutsche Sprachen lernen, wenn er sich nördlich von Bern verständigen will. Es gibt zwar Dialektkurse in Zürich, St. Gallen und Bern, aber sie dienen eher der „Mundartbewahrung“ denn der Kommunikation. In der Westschweiz hingegen lehrt die Schule, meist noch nach veralteten, überwiegend auf Lesen und Schreiben ausgerichteten Methoden, die neuhochdeutsche Schriftsprache. „Reinheit der Hochsprache“: hinter diesem Begriff verbirgt sich das häufigste Argument, das von den Welschen gegen der Nordschweizer Mutterlaut ins Feld geführt wird. Motiviert wird die Auffassung von der geheiligten Hochsprache vor allem durch den ganz auf Paris ausgerichteten französischen Kulturzentrismus, oft verbunden mit dem Minderwertigkeitskomplex provinzieller Herkunft. Paris links liegen zu lassen, ist für jeden kultivierten Welschen eine Unmöglichkeit; es hieße, sich vom lebendigen Strom des kulturellen Geschehens abschneiden.

Perspektiven für ein „Vereintes Europa“ nach EWG-Plan

Waren früher die an der deutsch/französisch/luxemburgisch/belgischen Grenze lebenden Völkern eins, oder bestand wenigstens ein allmählicher Übergang zum anderen Volk und dessen Zunge, so bemühten sich die politischen Machthaber der neueren Zeit, die Grenzvölker mit dem in ihrem Staat lebenden Mehrheitsvolk gleichzuschalten und somit vom unmittelbaren Nachbarn völlig abzutrennen. Die s gelang bis jetzt ganz gut durch die jeweiligen staatlichen Kultur-, Sprach- und Wehrprogramme. In einem vereinten Europa nach EWG-Muster wäre es noch schlimmer: da könnte sich ein Grenzlandbewohner nicht so leicht aus der sprachlichen und kulturellen Schlinge ziehen, indem er einfach auf die andere Seite der Grenze zieht und sich dort einbürgern läßt. Das geht dann nicht mehr, da jetzt ja alle „Europäer“ geworden sind, der aus Flensburg genauso wie der aus Konstanz oder Palermo. Es liegen für diesen Fall zwei EWG-Lösungen zur Feststellung der sprachlichen Zugehörigkeit vor:

1. Der Europa-Bürger erhält einen Personalausweis in nur einer — „seiner“ - Sprache; welche das ist, das bestimmen noch die alten Nationalstaatsregierungen (etwa nach heutigem belgischem Vorbild).

2. Jeder Europa-Bürger erhält einen Personalausweis in zwar allen EWG-Sprachen, jedoch mit eingestempelten Vermerken wie „D“, „I“, „N“ oder „F“, ähnlich den im Dritten Reich ausgestellten Papieren für deutsche Staatsangehörige jüdischer Abstammung, oder nach dem Muster der schon heute den Brüsseler EWG-Beamten aufgezwungenen Dienstaussweise.

Bei beiden Methoden bleibt offen, ob es in „europäischer“ Zukunft noch geduldete mehrsprachige „Reservate“ geben wird, zum Beispiel im Gebiet des heutigen Großherzogtums Luxemburg oder in Belgien. Man braucht sich keine allzu großen Hoffnungen darauf zu machen, denn eine perfekte Verwaltung möchte sich nicht unnützlich mit aus der Reihe tanzenden Ausnahmen abgeben - da müßten ihre Funktionäre ja unter Umständen anfangen zu denken.

Nachwort des Autors

Ich möchte zeigen, daß Visazwang, Stacheldraht, Minen und Wachtürme die Völker zwar nicht näher zusammenbringen, aber auch nicht mehr auseinanderzerren können, als es schon eine einfache „grüne“ Grenze, wie z.B. die deutsch-französische, vermag. Ich enthülle, welche sprachlichen und kulturellen Perspektiven die Bemühungen der EWG-Kommission, des Deutsch-Französischen Jugendwerks und der Regierungen erwarten lassen: nämlich den totalen sprachlichen und kulturellen Abschluß eines Landes gegenüber dem anderen, auch wenn die Schlagbäume längst gefallen sind. Es wird Nationalbundesländer geben, die vielleicht nur einer Währung und nur einer Regierung angehören, über denen nur eine Europafahne weht, aber deren zwischenmenschliche Beziehungen den heutigen zwischen Deutschen und Tschechen, Italienern und Jugoslawen in nichts voraus sind.

Ich war 1967—69 in der Brüsseler EWG-Kommission tätig und hatte dort Einblick in die Pläne zur totalen Sprachendiktatur in einem zukünftigen „Vereinten“ Europa. Schon heute wird dieser Sprachenzwang auf die dort beschäftigten EWG-Beamten ausgeübt, denn die Verantwortlichen möchten jede Zwei- oder gar Mehrsprachigkeit in europäischen Staaten in Zukunft nahezu unmöglich machen, jeden geistigen Übergang, sei er nur von einem Grenzort zum anderen, unterbinden. Ein Saarbrücker EWG-Beamter erhält in der EWG-Personal liste das Prädikat „D“, d.h. „Deutsch“: er sollte nur deutsch sprechen können; französisch wäre ihm zwar beruflich nützlich, Zweisprachigkeit von Haus aus wird ihm jedoch nicht abverlangt, genausowenig wie dem Saargemünder, der ja jetzt aus „Sarreguemines“ kommt und somit das Prädikat „F“ besitzt; von ihm wird gefordert, daß er von Haus aus französisch - vorzugsweise mit Pariser Akzent - spricht, deutsch ist zwar erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Nur den Luxemburgern und vor allem den Belgiern macht man noch Zugeständnisse, und ohne Kündigungsgefahr dürfen diese Beamten die Zusendung der internen EWG-Mitteilungen in einer ihrer Landessprachen fordern - ein Privileg, das einem Bozener (Prädikat „I“) natürlich hartnäckig verweigert wird.